



**Freie unabhängige Wählergemeinschaft**

Maria-Luise Streng  
Neuer Weg 19, 53347 Alfter



Bürger für Meckenheim

**Wählervereinigung Bürger für Meckenheim**

Hermann Josef Nöthen  
Eichendorfweg 5, 53340 Meckenheim

An den  
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises  
Kreishaus  
53721 Siegburg

4.10.2011

**Betr.:** Verwendung der vom Landschaftsverband an den Rhein-Sieg-Kreis zurück zu erstattenden Landschaftsverbandsumlage

Sehr geehrter Herr Landrat Kühn,

wir beantragen den o.g. Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 13.10.2011, ersatzweise auf die Tagesordnung der Sitzung am 15.11.2011 zu nehmen.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Kreistag beschließt, die durch den Landschaftsverband Rheinland zu erstatteten zuviel vom Rhein-Sieg-Kreis gezahlten Umlagemittel in voller Höhe an die Kommunen des Kreises weiterzugeben.**

**Begründung:**

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) zahlt den dem Landschaftsverband zugehörenden Kreisen Umlage-Anteile aus der Landschaftsumlage von 2007 zurück. Ebenso werden Mittel zurück erstattet, die aufgrund einer Nachbesserung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 (GFG 2011) dem LVR nach Verabschiedung des Landschaftsetats dem Landschaftsverband zusätzlich gezahlt wurden.

Die Gremien des Landschaftsverbandes haben auch hier beschlossen, diese nicht zum Ausgleich ihres Haushalts benötigten zusätzlichen Mittel in voller Höhe an die Gebietskörperschaften zurück zu geben.

So erhält z. B. der Rhein-Sieg-Kreis vom Landschaftsverband Haushaltsmittel in Höhe von rund 3 Mio. € zurück erstattet.

Das hat der Landschaftsausschuss der Landschaftsversammlung Rheinland am 21. September 2011 in einer Sondersitzung entschieden.

Vorangegangen war ein Rechtsstreit zwischen der Stadt Remscheid und dem LVR. Remscheid hatte stellvertretend für fünf weitere kreisfreie Städte im Rheinland gegen die Festsetzung der Landschaftsumlage 2007 geklagt, weil der LVR-Haushalt 2007 im Ergebnisplan einen Überschuss von 16,9 Millionen Euro vorsah. Dieser Rechtsstreit ist nun beendet. Das Oberverwaltungsgericht Münster lässt gegen ein im März 2011 ergangenes Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf keine Berufung des LVR zu. Das Gericht hatte der Klage Remscheids stattgegeben. Der ausgewiesene Überschuss entsprach der anteiligen ordentlichen Tilgung für bereits getätigte Investitionen und war nicht durch einen Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan finanziert. Der LVR hat die Auffassung vertreten, dass für diesen nicht finanzierten Aufwand Überschüsse ausgewiesen werden dürfen. Das Oberverwaltungsgericht Münster schloss sich jedoch der Auffassung der Vorinstanz an. Dem LVR sei es als Umlageverband aufgrund der gesetzlichen Regelungen nicht gestattet, Überschüsse im Ergebnisplan zur Sicherung der Liquidität im Finanzplan auszuweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez.

Maria-Luise Streng

Hermann-Josef Nöthen